

afrika-bulletin

Nummer 175

Sept./Okt. 2019
Fr. 7.-/Euro 7.-



Quo vadis Südafrika?





Barbara Müller ist langjähriges Mitglied des afrika-komitees und der KEESA. Die Ethnologin ist Doktorandin am Zentrum für Afrikastudien Basel. Kontakt: b.mueller@unibas.ch.

Das Jahr 1994 hat das Bild Afrikas in besonderer Weise geprägt: mit dem Völkermord in Ruanda einerseits und dem Ende der Apartheid andererseits. Beide Ereignisse liegen jetzt 25 Jahre zurück, beide sind mit starken Emotionen verbunden und haben übertrieben positive wie übertrieben negative Vorstellungen über den Kontinent genährt. Das vorliegende Afrika-Bulletin ist dem Südafrika von heute gewidmet. Es überlässt das Wort Südafrikanerinnen und Südafrikanern, die aus einer aktivistischen beziehungsweise reflektierenden Perspektive auf ihr Land und seine Probleme blicken.

Das Heft ist in Zusammenarbeit mit der KEESA entstanden, die Anfang Dezember mehrere dezentrale Veranstaltungen zu Südafrika organisiert (für aktuelle Informationen siehe www.apartheid-reparations.ch).

Die profitorientierte schweizerische Verflechtung mit dem seinerzeitigen Apartheidregime hat die KEESA seit ihrer Gründung 1998 beschäftigt. Ihrer Forderung nach Aufarbeitung der Beziehungen Schweiz-Südafrika war jedoch nur teilweise Erfolg beschieden. Dass die hiesige junge Generation nur über rudimentäres Wissen zu dieser Zeit und der damaligen Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz verfügt, dokumentiert die Umfrage von Anna-Sophie Hobi zu diesem Thema. Mit dem 1968 gegründeten Goldpool gelang es den schweizerischen Grossbanken das südafrikanische Gold in die Schweiz zu holen. Der Artikel von Charles Abrahams spricht von jenen, die das Gold zum Preis ihrer Gesundheit aus dem Boden holten. Dank einer Sammelklage, die mit einem Vergleich endete, haben 2019 die von Silikose und anderen Lungenkrankheiten betroffenen Bergarbeiter endlich Aussicht auf Entschädigung. Die Landfrage ist und bleibt ein Schlüsselthema für Südafrika. Der Beitrag von S'bu Zikode von der sozialen Bewegung *Abahali baseMjondolo* befasst sich für einmal mit dem Recht auf städtisches Land, dem Kampf für das Wohnrecht in der Stadt. Es ist wenig bekannt, dass hier ein eigentlicher Krieg zwischen Obdachlosen und Behörden im Gang ist. Die Sicht der jungen Generation vertritt Busisiwe Nxumalo, eine studentische Aktivistin aus Kapstadt. Obwohl der Regierungspartei nahestehend, schreibt sie voller Wut und Enttäuschung über nicht erfüllte Erwartungen im Bildungswesen. Die südafrikanische Öffentlichkeit verfolgt gebannt die Enthüllungen um die sogenannte *State Capture*, die Vereinnahmung des Staates durch eine Clique von Politikern um den ehemaligen Präsidenten Zuma und eine Reihe von Geschäftsleuten. Mark Swilling zeigt die zugrundeliegenden Mechanismen auf und verweist auf die grosse Bedeutung der laufenden Untersuchung für die südafrikanische Demokratie. ■

Ich wünsche eine anregende Lektüre.
Barbara Müller

Impressum

Ausgabe 175 | September/Oktober 2019
ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 44. Jahrgang.
Herausgeber: Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel.

Redaktionskommission: Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch
Das Zentrum für Afrikastudien im Internet: www.zasb.unibas.ch

Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat
Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz
Telefon: (+41) 61-692 51 88 | Fax: (+41) 61-269 80 50
E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch

Postcheck-Konto: IBAN CH260900 0000 4001 77543

Für Überweisungen aus dem Ausland:
in CHF: Migros Bank, IBAN CH950840 1016 14373770 7
in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 8667 9
(Bic SwiftCode: POFICHBEXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

Mitarbeitende dieser Ausgabe: Charles Abrahams, Veit Arlt (Red.), Gertrud Baud, Pius Frey, Elisa Fuchs, Susy Greuter (Red.), Anna-Sophie Hobi, Barbara Müller (Red.), Busisiwe Nxumalo, Pascal Schmid, Hans-Ulrich Stauffer (Red.), Mark Swilling, S'bu Zikode.

Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage

Jahresabonnement: Fr. 40.–/Euro 40.–

Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 50.–

Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 60.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 176: 30. September 2019

Schwerpunktthema: Failed Land Grabbing

Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben: Entwicklung von unten, Binnenmigration. Interessierte an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Unser Titelbild: Trübe Aussichten – diese Flagge in Port Elizabeth steht nach dem Tod Nelson Mandelas auf Halbmast (Bild: Stefan Schäfer 2013).

25 Jahre nach der Apartheid

Junge Schweizerinnen und Schweizer kommentieren

Anna-Sophie Hobi wollte wissen, was junge Menschen in ihrem Umfeld zum Thema 25 Jahre demokratisches Südafrika und zur Rolle der Schweiz während der Apartheid zu sagen haben. Das Fazit ist – nicht ganz überraschend – ziemlich ernüchternd. Immerhin sind die Befragten der Meinung, dass sie eigentlich mehr wissen sollten.

1994 endete in Südafrika das gewaltsame Apartheidregime. Der Umbruch bewegte nicht nur junge Menschen in Südafrika, sondern auch in der Schweiz. In den Jahren davor waren hierzulande viele Junge (und Ältere) auf die Strasse gegangen. Sie machten auf die Gewalt und Menschenrechtsverletzungen aufmerksam und verlangten (vergeblich), dass sich die Schweiz den internationalen Sanktionen gegen den Apartheidstaat anschliesse.

Die Jugend von heute ist nicht weniger politisch bewegt, doch hat sie weder die Zeit der Apartheid erlebt noch bleibende Erinnerungen an den Umbruch. Wie blickt diese Jugend auf Südafrika und seine Vergangenheit? Zu diesen Fragen äusserten sich der Historiker Marc (33), die Maturandin Eva (18), der Gymnasiast Lukas (17) und die Konstrukteurin Gurbetelli (21, Junge Alternative Zug).

Südafrika heute

Das Land, bekannt für Safari, Surfen, Strände und Wein, ist ein Reiseziel, gleichzeitig ein Land mit grossen sozialen Problemen, Korruption und hoher Kriminalität. Nur werde darüber in den Schweizer Medien zu wenig berichtet, sind sich die vier einig. Durch den Tourismus, so scheint es, wirkt Südafrika wie eine «sichere» und «reiche» Oase auf dem Kontinent, doch der Schein trügt. Südafrika hat zwei Gesichter: «Es ist ein beliebtes Reiseziel und gleichzeitig erzählen junge Menschen, die in Südafrika Hilfsprojekte unterstützten, von schwierigen Verhältnissen und Kriminalität», weiss Gurbetelli. Dieser Ambivalenz seien sich viele bewusst, und von der Korruptionsproblematik sowie der sozialen Ungleichheit zwischen Schwarzen und Weissen habe man gehört, bestätigen Marc und Eva.

Wirklich informiert über die politische und soziale Lage Südafrikas seien hingegen die wenigsten, meint Lukas: «Leider wird meiner Ansicht nach nicht mehr so viel über die heutige Situation der Schwarzen in Südafrika berichtet – man muss also selber recherchieren. Doch gerade, weil es mittlerweile ein beliebtes Reiseziel ist, finde ich wichtig, dass man sich ein wenig der Vorgeschichte und der aktuellen Situation des Landes bewusst ist».

Südafrikas Vergangenheit

Aus dieser Vergangenheit sticht Nelson Mandela als herausragende Persönlichkeit hervor. Jugendliche sind mit der Figur Mandelas und dessen Rolle vertraut, anders als mit dem Begriff der Apartheid, führt Eva aus: «In Verbindung mit Mandela ist die Apartheid vielen Leuten bekannt. Wenn ich jedoch mit meinen Freundin-

nen und Freunden spreche, fällt mir auf, dass sich das Wissen meiner Generation über diese bedeutende Periode offenbar sehr in Grenzen hält. Sie alle kennen Mandela, zumindest haben sie bereits einmal von ihm gehört. Mit dem Begriff Apartheid jedoch können viele nichts anfangen. Auch in unserem Geschichtsunterricht war dies nie ein Thema.»

Ähnlich geht es Lukas: «Als 2013 Nelson Mandela starb, war ich in der fünften Klasse und kannte zwar seinen Namen, wusste aber trotzdem nicht wirklich, wer er war. Erst nach seinem Tod habe ich dann erfahren, weshalb er als Präsident Südafrikas so speziell war. Ich wusste, dass dort eine strikte «Rassentrennung» herrschte und die Schwarzen praktisch nichts zu sagen und mit Unterdrückung zu kämpfen hatten.»

Und die Rolle der Schweiz?

Die Schweiz pflegte intensive wirtschaftliche Beziehungen zu Südafrika während der Apartheid. Der Rohstoffhändler Marc Rich beispielsweise erhandelte sich durch das Apartheidregime Gewinne in der Höhe von zwei Milliarden. Davon wusste Gurbetelli als junge Politikerin in Zug:

«Bei uns Jungen Alternativen in Zug war Südafrika in der Vergangenheit ein Thema, besonders als es um Marc Rich (respektive Glencore) und Rohstoffe ging. Das war vor meiner Zeit. Ich habe zwar davon gehört, doch heute scheint Südamerika mehr ins Zentrum gerückt zu sein. Glencore und andere Zuger Firmen müssen Menschenrechte einhalten und dürfen nicht in hinterlistige und korrupte Machenschaften verwickelt sein, wie das mit Südafrika früher der Fall war.»

Weshalb Schweizer Unternehmen und Geschäftsbanken eine so grosse Rolle spielten, wie die Schweiz durch ihre wirtschaftlichen Beziehungen das Apartheidregime unterstützte und sogar verlängerte, ist den wenigsten bekannt. Marc kam während seines Geschichtsstudiums immerhin mit dem nationalen Forschungsprojekt «Beziehungen Schweiz–Südafrika» (NFP 42+) in Berührung. «Vor dem Hintergrund des Embargos gegen den Apartheid-Staat zeigte sich dessen systematische Umgehung durch Schweizer Firmen, wobei die offizielle Schweiz stets die Neutralität als oberste Maxime beschwor. Das Verhalten der Privatunternehmen wurde nicht bekämpft, sondern wissentlich gebilligt. Die Apartheid als zwei-Klassen-System, mit systematischer Ausgrenzung der schwarzen Bevölkerung hat aus meiner Sicht mit der Schweiz zu tun, da sich die Schweiz und viele andere Demokratien, mit diesem Staat und dessen System bestens arrangierten.»

Fazit: Das Bild Südafrikas ist ambivalent – ein beliebtes Reiseziel einerseits, von sozialen Problemen geprägt andererseits. Es gibt kaum eine Auseinandersetzung mit der Apartheid-Vergangenheit und ihren Auswirkungen, da diese weder in den Medien noch in der Schule präsent sind. 25 Jahre nach dem Ende der Apartheid wird es Zeit, dass diese Vergangenheit Südafrikas und der Schweiz ins Bewusstsein gerückt wird. So kommt Eva zum Schluss: «Um aus der Geschichte zu lernen, muss man sie zuerst einmal kennen und sich intensiv damit auseinandersetzen.» ■



Anna-Sophie Hobi ist Ethnologin und Mitglied der KEESA. Kontakt: annasophiehobi@gmail.com. (Bild: Tendai Matare 2018).

Prozess gegen das Erbe der Apartheid im Go

Aussergerichtlicher Vergleich zugunsten der Bergarbeiter

Der südafrikanische Anwalt Charles Abrahams hat die Entschädigungsforderungen von an Silikose und Tuberkulose erkrankten Bergarbeitern im Goldbergbau während mehreren Jahren hartnäckig vorangetrieben und zu einem erfolgreichen Abschluss geführt. Ein aussergerichtlich getroffener Vergleich spricht den Bergarbeitern jetzt Entschädigungen zu. Abrahams beschreibt den Prozess, der zu diesem einmaligen Ausgang führte. Dank dem getroffenen Vergleich haben die betroffenen Bergarbeiter jetzt die Aussicht, nach langer Zeit entschädigt zu werden.

Am Freitag, den 26. Juli 2019 genehmigte das Johannesburger Obergericht einen Vergleich über fünf Milliarden Rand (357 Mio. USD) in einer Sammelklage von an Silikose und Tuberkulose erkrankten Bergarbeitern gegen die sechs grössten südafrikanischen Goldminenunternehmen – African Rainbow Minerals, Anglo American SA, AngloGold Ashanti, Gold Fields, Harmony und Sibanye Stillwater. Die vor einem Jahr erzielte Einigung zwischen den Anwälten der Bergarbeiter und jenen der Bergbauunternehmen beendete einen fast fünfzehnjährigen Rechtsstreit.

Der Goldbergbau in Südafrika

Seit seiner Entdeckung um das Jahr 1886 im Witwatersrand hat Gold Südafrikas damaliges, von der Landwirtschaft geprägtes Hinterland zu einer mächtigen industriellen Wirtschaftsregion umgestaltet. Zentral für diese Transformation war ein allgegenwärtiges Wanderarbeitssystem, das für den ununterbrochenen Nachschub an billigen schwarzen Arbeitskräften für die Goldminen sorgte. Auf dem Höhepunkt der Goldindustrie in den 1970er Jahren waren mehr als eine halbe Million Bergarbeiter in den südafrikanischen Goldminen beschäftigt; fast alles junge schwarze Männer, die in den ländlichen Gebieten Südafrikas oder in den Nachbarländern Mozambique, Lesotho, Swaziland, Zimbabwe, Botswana, Malawi oder Zambia rekrutiert wurden.

Komplexe medizinische und juristische Fragen

Silikatstaub (Siliziumdioxid), der beim Bohren nach Gold entsteht, ist ein charakteristisches Merkmal des Goldbergbaus. Das Gleiche gilt für Lungenkrankheiten wie Staublunge, Tuberkulose und chronisch obstruktive Atemwegserkrankung, die weit verbreitet sind. Es wird geschätzt, dass es mindestens 480 000 Fälle von entschädigungspflichtiger Silikose und 226 000 Fälle von Tuberkulose bei ehemaligen Bergarbeitern gibt, die auf die Arbeit in südafrikanischen Bergwerken zurückgeführt werden können.

Der Prozess warf komplexe und schwierige Fragen auf: bezüglich der Massnahmen und Praktiken zur Staubkontrolle in südafrikanischen Goldbergwerken, der wissenschaftlichen Beziehung zwischen Silikatstaub und berufsbedingten Lungenkrankheiten sowie die Frage, ob die südafrikanischen Gesetze Klagen von Bergarbeitern gegen Goldbergwerke zulassen. Zu dieser Zeit wurde allgemein angenommen, dass Minenarbeiter ihre Arbeitgeber unter südafrikanischem Gesetz nicht verklagen können. Es wurde argumentiert, dass das Gesetz über Berufskrankheiten in Minen und Betrieben aus dem Jahr 1973 (Occupational Diseases in Mines & Works Act, ODMWA) ein «Trade-off» vorsah – es verwehrte den Minenarbeitern das Recht auf Klagen im

Abgleich für ein gesetzlich verankertes Kompensationssystem. Die letztere Frage löste das Verfassungsgericht 2011 mit dem Fall Mankayi gegen AngloGold Ashanti Ltd., indem es befand, dass es kein Hindernis für Mankayis Schadenersatzklage gebe.

Dieses Urteil machte den Weg frei für Schadenersatzklagen von Zehntausenden weiterer Bergarbeiter gegen die Goldminenunternehmen. Weil die Minenarbeiter meistens arm sind und weit verstreut in Südafrika und den Nachbarländern wohnen, konnten es sich nur sehr wenige leisten, gegen die mächtigen und finanziell potenten Unternehmen zu klagen. Für die Minenarbeiter ging es deshalb darum, innovative Wege zu finden, um ihre Ansprüche vor Gericht auf kostengünstige Weise zu verfolgen. Aus diesem Grund drängte sich die Idee einer Sammelklage auf.

Ausweg Sammelklage

Eine Sammelklage ist ein verfahrensrechtlicher Kunstgriff, der es einem Kläger oder einer kleinen Gruppe von Klägern erlaubt, im Namen einer grösseren Gruppe von Klägern – den durch die Sammelklage Vertretenen – rechtliche Schritte gegen einen oder mehrere Beklagte einzuleiten. Dabei müssen die angesprochenen Sachverhalte für alle Sammelkläger inhaltlich ähnlich sein.

Üblicherweise anerkannte das südafrikanische Gewohnheitsrecht Vertretungsklagen, also Sammelklagen, nicht. Die neue Verfassung von 1994 hat jedoch in Südafrika eine breite und grosszügige Haltung bezüglich Klageberechtigungen eingeführt. Sektion 38(c) der Verfassung erlaubt jedermann und jederfrau als Mitglied oder im Interesse einer Gruppe oder einer Klasse von Personen rechtliche Schritte für Abhilfe einzuleiten, vorausgesetzt, dass dies auf der Grundlage einer Verletzung der Grundrechte geschieht.

In der Folge des Mankayi-Urteils wurden 2012 beim Obergericht von Johannesburg zwei getrennte Sammelverfahren gegen südafrikanische Goldminenunternehmen eingeleitet. Diese Verfahren wurden später in ein Verfahren zusammengelegt.

Das Zulassungsurteil

Im Mai 2016 urteilte das Oberste Gericht zugunsten der Sammelklagen und liess zwei Klassen von Klagen zu: eine für die Silikose-Betroffenen und die Angehörigen von an Silikose verstorbenen Minenarbeitern sowie eine zweite für die Tuberkulose-Betroffenen und die Angehörigen von an Tuberkulose verstorbenen Minenarbeitern. Der erfasste Zeitraum reicht vom 1. März 1965 bis heute, und wird Sammelperiode genannt. Nach langwierigen Verhandlungen erreichten die Minenunternehmen und die Anwälte der beiden zugelassenen Klageklassen schliesslich einen Vergleich.

Idbergbau

Die wichtigsten Bestimmungen des Vergleichsabkommens

- **Errichtung einer Stiftung:** Die Parteien stimmten der Errichtung einer Stiftung namens *Tshiamiso Trust* zu. In Setswana bedeutet dieses Wort «etwas gutmachen» oder «korrigieren». Die Stiftung wird aktiv, sobald das Gericht seine Zustimmung gegeben hat und gewisse Bedingungen erfüllt sind. Obwohl das Gericht zwei breit angelegte Klassen von Geschädigten angeordnet hat, beschlossen die Parteien, zehn differenzierte Kategorien von Berechtigten einzurichten.
- **Die Silikose-Klassen:** Sie umfassen Bergarbeiter in verschiedenen Stadien der Silikose (Lungenfunktionsstörungen von unter 10 bis zu über 40 Prozent), die zwischen ZAR 70 000 und 250 000 (CHF 5 000 bis 18 000) erhalten. Eine kleine Zahl von Klagenden, die unter ausserordentlich schweren Krankheitszuständen leiden, schlimmeren als die meisten anderen, erhalten eine besondere Zuwendung von bis zu ZAR 500 000 (CHF 35 000). Angehörige von verstorbenen Silikose-Klägern erhalten zwischen ZAR 70 000 und 100 000 (CHF 5 000 bis 7 000).
- **Die Tuberkulose-Klassen:** Bergarbeiter mit Tuberkulose ersten und zweiten Grades (Lungenfunktionsstörungen von 10 bis über 40 Prozent) erhalten von ZAR 50 000 bis 100 000 (CHF 3 500 bis 7 000). Anders als bei der Silikose, wo der Zusammenhang zwischen Silikatstaub und Silikose gut belegt ist, gibt es keine eindeutige kausale Verbindung zwischen Silikatstaub und Tuberkulose, die über die Luft übertragen wird und mit der man sich überall anstecken kann. Aus diesem Grund erhalten nur jene Bergarbeiter eine Entschädigung, die während ihrer Anstellung oder ein Jahr danach an Tuberkulose erkrankt sind. Entsprechend haben die Angehörigen von Bergarbeitern, die an Tuberkulose starben, nur dann Anspruch auf eine Entschädigung von ZAR 100 000 (CHF 7 000), wenn der Bergarbeiter während der Anstellung oder ein Jahr danach verstarb.
- **Rahmenbestimmungen für die Stiftung:** Die Stiftung wird für eine Zeitdauer von zwölf Jahren eingerichtet. Der Stiftungsrat besteht aus sieben Personen; drei davon werden von den Bergbauunternehmen bestimmt, zwei von den Anwälten der Klagenden, eine durch die Regierung, ein weiteres Mitglied ist unabhängig. Die Stiftung wird durch ein beratendes Gremium unterstützt, das aus Vertreterinnen und Vertretern wichtiger Interessensgruppen wie Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Organisationen von ehemaligen Minenarbeitern usw. besteht.
- Zusätzlich zu den fünf Milliarden Rand (357 Mio. USD), die für die Auszahlungen an die Anspruchsberechtigten bestimmt sind, erhält die Stiftung weitere 845 Millionen Rand (60 Mio. USD) zur Deckung ihrer administrativen und Betriebskosten.

Die nächsten Schritte

Bevor die Stiftung ihre Tätigkeit aufnehmen kann, muss eine letzte, jedoch wichtige Bedingung erfüllt sein. Berechtigte Bergarbeiter, die nicht an den Vergleich gebunden sein wollen, können eine entsprechende Erklärung



Der Anwalt Charles Abrahams anlässlich unserer Bergbautagung im November 2014 (Bild: Urs Sekinger).

abgeben. Wer der Meinung ist, auf diesem Weg eine höhere Kompensation erzielen zu können, kann also einen eigenen Rechtsstreit gegen die Minenunternehmen führen. Der Vergleich tritt erst in Kraft, wenn nicht mehr als 2000 berechnete Bergarbeiter dies tun. Die Anwälte der Bergarbeiter und der Bergbauunternehmen sind zuversichtlich, dass die Stiftung Wirklichkeit wird.

Rolle der Anwälte

Es lohnt sich, etwas zu den Anwaltsbüros hinzuzufügen, welche die Interessen der Minenarbeiter vertreten. Für diesen Rechtsstreit legten die Firma des Autors, Abrahams Kiewitz Inc. (AK), und Richard Spoor Inc. (RS), zwei spezialisierte südafrikanische Kanzleien, sowie das Legal Resources Centre (LRC), Südafrikas grösste gemeinnützige Rechtshilfeorganisation, ihre jeweilige Kompetenz in verschiedenen juristischen Gebieten zusammen. AK hat Erfahrung in Sammelklagen, RS im Bereich von berufsbedingten Lungenkrankheiten und das LRC in Prozessen im öffentlichen Interesse.

Angesichts des Umfangs und der Komplexität des Rechtsstreits und der involvierten Kosten erhielten AK und RS Unterstützung von den amerikanischen Anwaltsfirmen Hausfeld und Motley Rice, während das LRC von der südafrikanischen staatlichen Rechtshilfestelle unterstützt wurde.

Erfolg mit Einschränkungen

Der Vergleich ist ein Erfolg. Trotzdem ist es so, dass ein Prozess allein die Probleme der schändlichen Vergangenheit des südafrikanischen Goldabbaus nicht lösen kann. Es braucht den Willen von Politik und Bergbauindustrie, um die vielen noch anstehenden Probleme zu lösen. Da der Bergbau von Natur aus zerstörerisch ist, muss die Industrie darüber hinaus noch viel unternehmen, um die Gesundheit und Sicherheit der Bergleute zu gewährleisten. Der Staat seinerseits hat die Pflicht dafür zu sorgen, dass entsprechende Gesetze vorhanden sind.

Der Erfolg der Tshiamiso-Stiftung muss aber letztlich daran gemessen werden, wie gut es gelingt, die Entschädigungsberechtigten aufzuspüren, die verstreut in Südafrika und den Nachbarländern leben, ihre Krankheiten zu diagnostizieren und letztlich die Entschädigungen auszuzahlen.

Charles Abrahams ist ein bekannter Sammelklagen- und Menschenrechtsanwalt in Südafrika. Er war massgeblich an bahnbrechenden Rechtsfällen beteiligt. Seinen Bachelor erwarb er an der University of the Western Cape und seinen Master in Internationalem Recht an der Universität Leiden. Kontakt: charles@ak.law.za. Sein Beitrag wurde von Barbara Müller übersetzt.

Abahlali baseMjondolo

Der Kampf für Land, Wohnraum und Würde

Die soziale Bewegung Abahlali baseMjondolo organisiert die Bewohner und Bewohnerinnen von behelfsmässigen, oft ohne Bewilligung erbauten Barackensiedlungen. Sie setzt sich radikal für das Recht auf Wohnen und die Würde ihrer Mitglieder ein und ist deswegen heftiger, oft ungesetzlicher staatlicher Repression ausgesetzt, wie S'bu Zikode in seinem Beitrag ausführt.

Das Apartheidsystem war darauf aus, die afrikanische Bevölkerung von den Städten fernzuhalten, ausser wenn sie dort arbeiteten und sich damit zufriedengaben, ausserhalb der Städte in segregierten und streng überwachten Gebieten zu leben. Nach der Apartheid konnten die Vermögenden leben, wo sie wollten, aber die Häuser für die verarmten schwarzen Menschen wurden erneut weit ausserhalb der Städte errichtet. Diese Häuser waren noch kleiner und schlechter gebaut als diejenigen, die während der Apartheid für Schwarze hingestellt wurden.

Millionen von Menschen haben kein Haus von der Regierung erhalten oder konnten dort nicht überleben, weil sich die Häuser so weit entfernt von den Städten befinden. Sie haben deshalb behelfsmässige Unterkünfte in Stadtnähe gebaut, um dort für ihren Lebensunterhalt sorgen zu können.

Diese Situation ist unser Ausgangspunkt: einer Mehrheit der schwarzen Bevölkerung wurde das Wohnrecht in den Städten verweigert. Es geht nicht an, über Fragen von Land und Wohnen zu diskutieren ohne sie als eine Frage von Gerechtigkeit zu sehen. Und wenn wir Gerechtigkeit ernst nehmen wollen, müssen wir auch darüber sprechen, dass Frauen das gleiche Recht auf Land und Häuser zusteht wie Männern, und dass Armen das gleiche Recht auf Stadt – bezüglich Boden und Hausbau – zusteht wie allen anderen. Es handelt sich um eine Frage der Würde, bei der es letztlich um revolutionäre Demokratie geht.

S'bu Zikode spricht im Rahmen des Poverty Scholars Program Strategic Dialogue (Bild: Michael Premo, November 2010).



Recht auf Wohnen

Um die Städte wird hart gekämpft. Arme besetzen nicht benutztes Land und Gebäude. Gleichzeitig vertreiben Staat und Kapital gewaltsam und oft auf illegale Weise die Menschen von besetztem Land und aus besetzten Gebäuden. Dies hat sich zu einem eigentlichen Krieg entwickelt. Immer wieder werden bei diesen Räumungen Menschen verletzt und getötet.

Die Statistiken sagen uns, dass es beim Häuserbau einen Rückstau von 2,1 Millionen Einheiten gibt. Die Krise in den Städten ist akut. Sie kann nicht gelöst werden, wenn kein Land für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird. Die Frage der Landreform kann deshalb nicht nur in Bezug auf landwirtschaftlich genutztes Land verstanden werden. Das Problem besteht darin, dass der Zugang zu Land auf Profit basiert. Dies bedeutet, dass die Reichen immer das beste Land erhalten, während die Armen an den Rand gedrängt werden. Die städtische Wohnungskrise kann nicht gelöst werden, solange der Zugang zu Land einer kapitalistischen Logik folgt. Der soziale Wert von Land muss über seinen kommerziellen Wert gestellt werden.

Nicht eingelöste Versprechen

Am 25. und 26. Juni 1955 verabschiedete der Volkskongress in Kliptown, Johannesburg die Freiheitscharta des ANC. Die Charta erklärt, dass «Südafrika allen gehört, die dort wohnen, ... dass die Autorität der Regierung auf dem Willen des Volkes beruht», und dass «alle Menschen das Recht haben, dort zu wohnen wo sie wollen, anständig untergebracht zu sein und ihre Familien in Geborgenheit und Sicherheit aufzuziehen.»

In den 1980er Jahren gab es Massenkämpfe um die Städte. Die Menschen besetzten Land und bauten Gemeinschaften auf. Als der ANC 1990 wieder zugelassen wurde, nahmen sie diesen Kampf von unten auf und verbreiteten den Slogan «Besetzt die Städte!» mit Plakaten und Fahnen. In seiner Wahlkampagne von 1994 betonte der ANC, dass er bei einer Machtübernahme die Rechte und die Würde der schwarzen Mehrheit wiederherstellen würde. Das Versprechen auf Wohnraum fand bei Millionen von Schwarzen einen positiven Widerhall.

Wie oben erwähnt, wurden die meisten Häuser jedoch in einer Neo-Apartheid-Manier gebaut, weit entfernt von den Stadtzentren und von den Leuten als «Müllhalden» bezeichnet. Viele dieser Häuser wurden aufgrund der Parteizugehörigkeit zugeteilt. Wer kein loyales Mitglied des ANC war, erhielt kein Haus. Es herrschte Korruption: Wer kein Bestechungsgeld zahlen konnte, erhielt ebenfalls kein Haus. Es gab auch ethnische und rassistische Voreingenommenheit. In Durban wurde Leuten aus dem Ostkap der Zugang zu Wohnraum verwehrt.

Es geht um den Zugang zu Land

Grundeigentum kommt vor Wohnraum, wer Land hat, kann bauen, sein Haus mit der Zeit vergrössern und verbessern. Die Regierung hat die Frage der städtischen Entwicklung als eine Frage des Wohnraums dargestellt. Für uns handelt es sich jedoch im Grundsatz um eine Landfrage. Der Zugang zu Land unterliegt dem Prinzip des Profits und nicht dem sozialen Bedarf.

Unser Kampf geht vom Prinzip aus, dass Land weder ge- noch verkauft werden darf. Das Rechtssystem, das Land zu einer Ware machte, kam mit dem Kolonialismus. Es sind jetzt 25 Jahre seit der Apartheid, aber deren Rechtssystem ist immer noch in Kraft. Die städtische Entwicklung ist eine Frage des Landes, die an der Basis und demokratisch vom Volk entschieden werden muss. Sie ist eine Frage des Aufbaus einer revolutionären Demokratie von unten.

Es braucht eine Volksbewegung

Stadtentwicklung ist keine technische, sondern eine politische Frage. Dieses Problem wird weder von einem Politiker noch von einem Berater oder irgendeinem anderen Experten gelöst. Es kann nur gelöst werden, wenn die Armen, die in unserer Gesellschaft nicht zählen, sich organisieren und darauf bestehen, dass sie gleich viel zählen wie alle anderen. Diejenigen von uns, die kein Land haben, müssen leerstehendes und ungenutztes Land besetzen. Diejenigen von uns, die kein Heim haben, müssen leerstehende und ungenutzte Wohnungen und Häuser besetzen. Diese Besetzungen müssen als Grundlage für den Aufbau einer demokratischen Bewegung von unten verstanden werden.

Seit 2005 haben wir fortlaufende Anstrengungen unternommen, eine Bewegung aufzubauen, die gegen Land- und Obdachlosigkeit kämpft. Wir haben die Bewohnerinnen und Bewohner der behelfsmässigen Barackensiedlungen organisiert und wurden dafür kriminalisiert. Wir haben ungenutztes Land besetzt – dafür hat man uns verhaftet, auf uns geschossen und uns sogar getötet. Die Regierung und viele andere Institutionen der Elite nennen dies «Invasion» – wir nennen es Demokratisierung der Städteplanung. Wir haben uns Dienstleistungen wie Wasser, Elektrizität und Abwasser, die uns verweigert wurden, angeeignet und wurden dafür verhaftet, verprügelt und sogar getötet. Die Regierung nennt das «illegale Anschlüsse» und sie verunglimpft die Menschen, die diese Arbeit tun, als *Iz Yokha* (Schlangen). Wir nennen diese Anschlüsse «Volksanschluss». Unser Kampf besteht nicht einfach darin eine Kraft aufzubauen, die der Regierung und den Reichen die Stirn bieten kann. Es ist auch eine Auseinandersetzung um Bedeutungen. Es ist ein Kampf der Ideen.

Es ist klar, dass die Regierung nicht auf der Seite der Armen steht. Wir haben keine andere Wahl, als für uns und unsere Familien aktiv zu werden. Diejenigen, die uns verurteilen, weil wir ungenutztes Land besetzen, Häuser, Versammlungshallen und Krippen für uns bauen und uns an die Wasser- und Elektrizitätsversorgung anschliessen, fragen wir, welche Wahl wir haben, wenn der kommerzielle Wert des Landes Vorrang vor seinem sozialen Wert hat. Welche Wahl haben wir, wenn die persönlichen Interessen von Politikern, deren Freunden und Familien vor jenen des Volkes kommen? Welche Wahl haben wir, wenn Millionen von Rand, die für den Wohnungsbau bestimmt waren, ungenutzt an die Staatskasse zurückgehen? Welche Wahl haben wir, wenn wir von den *Izinkabi* (Mördern) und der Polizei getötet werden, wenn wir uns zur Wehr setzen? Welche Wahl haben wir, wenn Gemeinderäte tagsüber als Führer auftreten und nachts zu Auftragskillern werden? Welche



Protest von Einwohnern der informellen Siedlung Enkanini (Cato Crest) bei Durban (Bild: Nomfundo Xolo/Abahlale baseMjondolo 2018).

Wahl haben wir, wenn die Gemeindebehörden das Gesetz ignorieren? Welche Wahl bleibt uns, wenn die eThekweni-Behörde (Metropolgemeinde rund um Durban) unsere Häuser entgegen gerichtlicher Verfügungen abreißen lässt?

Wir beanspruchen unseren Platz in den Städten und bleiben dabei bescheiden, weil wir wissen, dass wir nicht für alles eine Lösung haben, so wie niemand alle Lösungen kennt. Unsere Politik ist es, sorgfältig und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten und miteinander vorwärts zu gehen. Wir lassen es nicht zu, dass uns der Staat im Namen einer Revolution ruhigstellt, die nicht kommt. Wir lassen es nicht zu, dass die NGOs uns im Namen eines zukünftigen Sozialismus ruhigstellen, den zu errichten ihnen die Macht fehlt. Manchmal beanspruchen wir unseren Platz auf den Strassen unter Tränengas, Blendgranaten und Gummigeschossen. Manchmal beanspruchen wir ihn in den Gerichten und erringen dort Siege, die ignoriert werden. Manchmal beanspruchen wir ihn in den Medien, in kirchlichen Versammlungen, zu denen wir oft eingeladen werden, oder an Universitäten. Manchmal beanspruchen wir ihn, indem wir ein Stück Land besetzen und unsere Behausungen immer wieder aufbauen, nach jeder Vertreibung, jedem Zusammen geschlagenwerden, jeder Verhaftung, jeder Schieserei und jedem Mord.

Unseren Platz in den Städten und in den Debatten zu beanspruchen, hat einigen von uns einen hohen Preis abverlangt. Sie mussten aus Angst um ihr Leben abtauchen. Es ist schlimm, dass der Staat für diese Gewalt verantwortlich ist. Zwei ANC-Lokalpolitiker und ein Polizist wurden wegen der Ermordung von Abahlali-Mitgliedern verurteilt. Trotzdem machen wir weiter mit der Organisation und mit den Landbesetzungen. In einem Land, das dermassen ungerecht ist, braucht es eine prinzipienfeste und mutige Bewegung, um Gerechtigkeit von unten herzustellen. Wir sind uns bewusst, dass noch mehr von uns getötet werden. Wir wissen, dass Anwälte sehr wichtige juristische Arbeit für unseren Kampf leisten können, und dass taktisches Wahlverhalten ein nützlicher Weg sein kann, um die Repression zu begrenzen. Aber weder Gesetz noch Wahlen werden letztlich Gerechtigkeit bringen. Es braucht den Mut und die Beharrlichkeit der Unterdrückten, unsere *Inkani* (feste Entschlossenheit), die uns weiterbringen wird. ■

25 Jahre demokratisches Südafrika

Die Sicht einer studentischen Aktivistin

Busiwe Nxumalo war Aktivistin in den mächtigen südafrikanischen Studierendenbewegungen #feesmustfall und #rhodesmustfall. 25 Jahre nach dem Ende der Apartheid blickt sie aus der Sicht einer jungen Frau auf ihr Land. Es ist ein Blick voller Zorn, der nach wie vor bestehende Ungerechtigkeiten anprangert und ein Gefühl des Betrogenseins zum Ausdruck bringt. Sie spricht aus einer Position, die sich in die (familiäre) Tradition des Kampfes gegen die Apartheid einreicht und im Wissen um die Erwartungen, die mit dem Ende der Apartheid verbunden waren.

Wie sehe ich mein Land zum jetzigen Zeitpunkt?

Das stagnierende Wirtschaftswachstum und die tief verwurzelte Korruption im Staat und in der Privatwirtschaft gewähren uns kaum Aussicht auf eine bessere Zukunft. Beim Nachdenken über unsere junge Demokratie sehe ich, dass wir als Land immer noch tief verwundet sind durch das Unrecht der Apartheid und des kolonialen Erbes, die unser Volk noch immer täglich belasten. Für die schweren Menschenrechtsverletzungen, die vor 1994 geschahen, wurde niemand zur Verantwortung gezogen. Die vom ANC geführte Regierung errang lediglich die politische Macht während sich die wirtschaftliche Macht immer noch in den Händen der

der Universitätsabsolventinnen und -absolventen sind arbeitslos. Nach 25 Jahren hat sich sehr wenig geändert. Ich fühle mich auch persönlich betrogen, denn mein Vater kämpfte für die Freiheit und verbrachte 13 Jahre auf Robben Island.

Mit dem Landgesetz von 1913 und den Zwangsumsiedelungen während der Apartheid wurden Millionen von Menschen landlos und enteignet. Die Landkrise ist Gegenstand einer andauernden Debatte, denn die Raumplanung der Apartheid ist immer noch Tatsache. Wenn man vom Flughafen von Kapstadt in die Stadt fährt, ist die physische Differenz der Apartheid-Raumplanung ohne weiteres zu sehen. Linkerhand wohnen die Armen und rechts kann man sehen, wo die Reichen leben. Das empört mich echt, weil die Ungleichheit von bloßem Auge sichtbar ist.

Die Regierungspartei hat viele Versprechungen gemacht, von denen viele nicht erfüllt wurden. Die Bevölkerung des Landes und besonders die Jugend sind von einem tiefen Gefühl des Verrats erfüllt, und sie haben wenig Vertrauen in die Regierung. Dies hat dazu geführt, dass viele von uns Jungen andere Möglichkeiten suchen, unserer Frustration Ausdruck zu geben, zum Beispiel mit organisierten Protestaktionen. Dies zeigte sich bei den Studentenprotesten an den verschiedenen Universitäten des Landes, die in den 1990er Jahren begannen und bis heute andauern. Zuletzt kam 2015 die Bewegung *Rhodes Must Fall (RMF)* an der Universität von Kapstadt, welche die Entfernung der Statue von Cecil Rhodes verlangte, die sich an zentraler Stelle auf dem Universitätsgelände befand. Dabei ging es nicht nur um die Statue; diese wurde symbolisch verstanden. Vielmehr ging es darum, die Dekolonialisierung des eurozentrischen Lehrplanes zu verlangen, der an afrikanischen Universitäten in Kraft ist, und den strukturellen Rassismus auf dem Campus zu thematisieren. Die RMF hatte eine internationale Ausstrahlung und hat studentische Aktionen an anderen Orten inspiriert. Die folgende Bewegung *Fees Must Fall (FMF)* war eine der grössten studentischen Demonstrationen seit den Soweto-Aufständen im Jahr 1976. Zwar gibt es die *National Student Financial Aid (NSFAS)*, aber eines der Probleme damit ist, dass sie Darlehen verleiht, die von den Studierenden zurückbezahlt werden müssen, wenn sie verdienen. Der ANC und Nelson Mandela hatten jedoch die freie Erziehung für alle versprochen.

Ich habe bei diesen Bewegungen mitgemacht, weil es sehr wohl noch institutionellen Rassismus gibt, der im Elfenbeinturm der Universitäten praktiziert wird. Es kann nicht sein, dass, nachdem meinen Grosseltern und Eltern die Chancengleichheit vorenthalten wurde, ich selber 25 Jahre und drei Generationen später immer noch das Gleiche erlebe. Es fühlt sich an, also ob ich auf



Südafrikas Hochschulabsolventinnen und -absolventen haben nur geringe Chancen eine Anstellung zu finden (Bild: «Employment SA Stats» © Zapiro 2019, Erstabdruck im Daily Maverick. Abdruck mit Genehmigung des Autors, siehe auch www.zapiro.com.)

weissen Minderheit befindet. Die grösste Lüge ist der ungenaue Begriff der sogenannten «Regenbogenation», die man den Südafrikanern weismachen wollte. Diese Idee wurde der Welt oft in irreführender Weise vorgeführt. Sie spricht von Einheit, Vielfalt und Kraft, was eine grossartige Theorie sein mag, die aber nicht pauschal angeführt werden kann, ohne die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit anzusprechen. Vielleicht waren die Bedingungen damals einfach nicht günstig und der Idee lagen gute Absichten zugrunde, jedenfalls ist nichts Gutes daraus geworden.

Ich bin einer von vielen jungen enttäuschten Menschen in diesem Land, denn meine Realität wird sein, dass ich beim Abschluss meines Studiums keine Stelle finden und als weitere arbeitslose Universitätsabgängerin in die Statistik eingehen werde. Etwa 55 Prozent

die Gräber der bekannten und unbekanntenen Heldinnen und Helden spucken würde, die für diese Freiheit gekämpft haben und sogar dafür gestorben sind. Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass zukünftige Generationen nicht die gleichen Schwierigkeiten erleben müssen wie wir.

Wir Studierenden in Südafrika waren nicht zufrieden mit den herrschenden Bedingungen und gingen deshalb auf die Strasse mit der Forderung nach kostenloser, dekolonialisierter und nichtdiskriminierender Ausbildung in den höheren Lehranstalten. Wir Studierenden beschlossen, genug ist genug. Schliesslich hatten wir Erfolg dank dem kollektiven Kampf so vieler studentischer Aktivistinnen und Aktivisten. Aber die Schlacht haben wir eben doch nicht gewonnen. Aufgrund des Drucks der studentischen Aktivistinnen und Aktivisten verfügte der ANC, dass Studierende, die neu zu studieren beginnen, NSFAS-Beiträge als Stipendien erhalten sollen, die sie bei erfolgreichem Studienabschluss nicht zurückzahlen müssen.

Das Hauptproblem dabei liegt darin, dass die jetzigen Bachelor-Studierenden nicht berücksichtigt werden, ebenso wenig wie jene in weiterführenden Programmen (Honours, Master und Doktorat). Für weiterführende Qualifikationen sind kaum Mittel vorhanden. Dies führt dazu, dass viele dieser Studierenden aus Mangel an Geld ihr Studium vorzeitig abbrechen. Wir führenden Aktivistinnen und Aktivisten haben uns in letzter Zeit gefragt, ob die FMF-Bewegung wirklich erfolgreich war, wenn ein Teil der Studierenden immer noch keinen Zugang zu Unterstützung hat. Als Masterstudierende befinden wir uns jetzt in einer Krise. Die breite Bewegung auf dem Campus ist vorbei, und die Leute werden die Kraft zu neuen Protesten nicht aufbringen, denn während der vergangenen Proteste waren wir mit viel Gewalt konfrontiert, und viele leiden heute noch unter posttraumatischen Stresssymptomen. Was wir als studentische Führung heute noch tun können, ist die Organisation von Dialogen mit den zuständigen Regierungsstellen. Wir laden Minister zu Paneldiskussionen ein und können so unsere Forderungen vorbringen, denn Protest ist keine Option mehr.

Was ich schätze

In vielen Ländern Afrikas ist es nach der Unabhängigkeit zu Bürgerkriegen gekommen. Diesen Weg hat Südafrika nicht eingeschlagen. Wir hatten die Wahrheits- und Versöhnungskommission. 1993 befand sich das Land am Rand eines Bürgerkrieges, der Führung des ANC unter Genosse Nelson Mandela gelang es jedoch, die Nation zu beruhigen und eine bessere Lösung in Form von Verhandlungen zu finden, die zu unserer heutigen Demokratie führten. Ich habe jedoch den Eindruck, dass wir uns in den Verhandlungen mit viel zu wenig zufriedengaben.

Was ich am meisten schätze an meinem Land ist, dass es der ANC-Regierung seit dem Beginn der demokratischen Ordnung 1994 gelungen ist – trotz der gegenwärtigen Bedingungen und nur aufgrund ihrer politischen Macht –, das Leben vieler Menschen bis zu einem gewissen Grad zu verändern. Wir haben auch eine der weltweit besten Verfassungen, die alle einschliesst ungeachtet von Rasse, Klasse, Gender, Geschlecht, Se-

xualität, Religion oder Glaube. Wir sind auch eines der ersten Länder der Welt, das die gleichgeschlechtliche Ehe legalisierte. Wir haben freie und faire Wahlen, bei denen keine Gewalt ausbricht, und in den 25 Jahren unserer Demokratie hatten wir vier Präsidenten. Bei den Wahlen von 2019 kandidierten viele neuere politische Parteien, insgesamt waren es 36. Dies beweist, dass unsere Demokratie gesund ist, dass der Wille des Volkes hochgehalten wird und dass unsere Demokratie gereift ist.

Was sich ändern muss

Wir befinden uns an einem Punkt, an dem die Leute keine leeren Versprechungen mehr hören mögen und genug haben vom stagnierenden Wirtschaftswachstum. Die Regierung muss aufhören Versprechungen zu machen, die sie nicht halten kann, und gemachte Versprechen in die Praxis umsetzen. Wenn nicht bald eine Veränderung eintritt, wird es meiner Meinung nach zu einem Volksaufstand im Land kommen. Die Proteste von 2015 haben gezeigt, wie der in eine Revolte gelenkte kollektive Zorn das Land zum Stillstand bringen kann.

Es ist nötig, jungen Menschen Chancen zu geben. Unser Potential kann nicht zum Zug kommen, weil korrupte Politikerinnen und Politiker sich nur darum kümmern, ihre eigenen Taschen zu füllen, anstatt die staatlichen Ressourcen korrekt einzusetzen. Leute, die Regierungspositionen einnehmen, müssen daran denken, dass sie vom Volk eingesetzt wurden und Staatsdiener sein sollten. Sie müssen aufhören damit, sich und ihre engsten Führungskreise zu bereichern, und mehr für die normalen Leute zu tun, die sie gewählt haben. Die aktuelle Untersuchung über *State Capture* sollte zukünftigen Staatsdienern eine Lehre sein, dass das Land sie zur Rechenschaft ziehen kann.

Es gibt keine wahre Demokratie in unserem Land, wie das auch in anderen Teilen der Welt der Fall ist. Was Südafrika unterscheidet, ist die Tatsache, dass unsere Geschichte den Aufbau unserer Demokratie beeinträchtigt, weil die Institutionen, die während der Apartheid für die weisse Minderheit geschaffen wurden, nie geändert wurden. Wir müssen den systemischen Rassismus ausräumen, uns wirtschaftlich emanzipieren und eine freie nichtdiskriminierende und dekolonialisierte Ausbildung gewährleisten. Der Reichtum des Landes muss dem ganzen Volk zugutekommen und nicht in den Händen einer Minderheit bleiben. ■



Busisiwe Nxumalo ist Master Studentin an der Universität von Kapstadt (UCT). Als Aktivistin und Studentenfürherin engagiert sie sich für soziale Gerechtigkeit und die Schaffung einer besseren Gesellschaft. Busisiwe Nxumalo gehört dem Studierendenrat an und ist Sekretärin der ANC-Jugendliga an der UCT. Kontakt: businxumz@gmail.com. Übersetzung Barbara Müller.

Was ist State Capture?

Jacob Zuma als Starzeuge vor der Zondo-Kommission

Die sogenannte *State Capture* beschäftigt Südafrikas Öffentlichkeit seit einigen Jahren mit immer neuen Enthüllungen. Der Artikel von Mark Swilling zeigt die systemische Natur der kriminellen Netzwerke auf, deren Zweck darin bestand, mithilfe eines eigentlichen Schattenstaates die staatlichen Ressourcen zu plündern. Die Zondo-Kommission ist daran, den Umfang der klandestinen Verbindungen aufzudecken und zu entwirren. Ob der Reinigungsprozess gelingt, ist angesichts der tiefen Verstrickung mit der Regierungspartei und alten, während der Apartheid geschaffenen, korrupten Netzwerken (siehe Kasten) offen.

Fast ein Jahr ist vergangen seit die richterliche Untersuchungskommission Anhörungen zu den Anschuldigungen betreffend *State Capture* durchzuführen begann. Die Kommission wird von Raymond Zondo geleitet, einem stellvertretenden Obersten Richter, der bereits 130 Zeugenaussagen von mehr als 80 Personen aufgenommen hat. Die Kommission geht Anschuldigungen nach, wonach die Regierung von privaten Geschäftsinteressen zu deren eigenem Profit gekapert wurde.

nennen wie man wolle, nur nicht dieses grosse Wort *State Capture* dafür verwenden.

Zuma wird beschuldigt, ein fein abgestimmtes korruptes Netzwerk orchestriert zu haben, das Südafrikas Entwicklungsprogramm kaperte. Man sollte die Bedeutung von Zumas Zeugenaussage vor der Kommission nicht unterschätzen. Sie wird richtungsweisend dafür sein, ob, wer die Macht missbraucht, zur Rechenschaft gezogen wird, oder ob der Zyklus der Straflosigkeit weitergeht und damit das ungerechte System gestärkt wird, das die *State Capture* überhaupt möglich machte.

Was genau ist State Capture?

Ursprünglich war mit dem Konzept der *State Capture* eine Form von Korruption im grossen Stil gemeint. Im Fall von Südafrika lässt sich das als die Bildung eines Schattenstaates unter Leitung der Machtelite definieren. Dieser Schattenstaat funktioniert innerhalb vom – und parallel zum – verfassungsmässigen Staat sowohl auf formelle wie auf informelle Weise. Er hat zum Ziel, die staatliche Regierungsführung ihrem Zweck zu entfremden und mit den engen finanziellen und politischen Interessen der Machtelite zu verbinden – zu deren Nutzen. Die Strategie der *State Capture* beruht darauf, die Organe der staatlichen und öffentlichen Institutionen einerseits und der Privatwirtschaft andererseits aufeinander abzustimmen, um sich damit Vorteile zu verschaffen.

Bei den von der Kommission näher untersuchten Vorkommnissen konnte die Beweisführung aufzeigen, dass die Akteure dafür sorgten, Bedingungen zu schaffen und Prozesse so auszurichten, dass mehr Geld herausgeholt werden konnte, als die effektiven Güter und Dienstleistungen kosteten, und dies immer zur eigenen Bereicherung.

Dies enthüllt die systemische Natur der *State Capture*. Damit die Strategie Erfolg hat, benötigt sie die volle Kooperation und Mittäterschaft der Staatsführung auf oberster Ebene. Auf diese Weise werden Profite gesichert, die Rechenschaftspflicht ausgehöhlt und gleichzeitig Legitimität aufrechterhalten. Dies geschieht, indem gefügte Mitarbeiter in staatliche Unternehmen eingesetzt und so der ordentliche Betrieb der Institutionen unterminiert und kritische Stimmen diskreditiert werden.

Von einem bestimmten Moment an wurde *State Capture* zu einer Art Konsortium innerhalb des Staates, dessen Ziel die Anhäufung von Ressourcen war. *State Capture* ist eine radikale Abkehr von allen Normen und Werten, auf denen ein demokratischer, auf Entwicklung ausgerichteter Staat beruht. Wie bei den meisten liberalen Demokratien sieht die Verfassung Südafrikas ein



An einer Protestveranstaltung in Kapstadt im September 2017 forderte COSATU das Ende der *State Capture* und die Strafverfolgung aller, die in Zumas System impliziert waren (Bild: Douglas Scott, Discott, Wikimedia).

Immer lautere, unüberhörbare Äusserungen beschuldigten den ehemaligen Präsidenten Jakob Zuma, in die Angelegenheit verwickelt zu sein. Bei verschiedenen Zeugenaussagen nannten gegenwärtige und ehemalige hohe Regierungsbeamte und Minister Zuma als direkt Beteiligten. Sie behaupteten unter anderem, Zuma habe sich auf sie abgestützt, um den Guptas zu helfen – Zumas Freunden, die beschuldigt werden, den Staat gekapert zu haben – und um ein Nukleargeschäft mit Russland durchzuputschen, welches das Land in den Bankrott geführt hätte. Ausserdem wurde das Versagen der staatlichen Kontrollen, welches die Plünderung der parastaatlichen Unternehmen ermöglichte, direkt der *State Capture* angelastet.

Jetzt soll Zuma aussagen. Dabei leugnet er nicht nur, dass es so etwas wie *State Capture* überhaupt gibt – er hat den Begriff als getürktes politisches Manöver bezeichnet – sondern er gibt sich selber als unglückseliges Opfer. Er weigert sich, den Begriff anzunehmen und sagt: Es gebe Leute, die Anderen auf die eine oder andere Weise Dinge angetan haben, und man könne das

System der gegenseitigen Kontrolle sowie Gewaltenteilung vor, womit Machtmissbrauch eingedämmt werden soll. Wenn jedoch die Kontrolle unterwandert wird und die ausgleichenden Kräfte voreingenommen sind, wird dieses System zu einer sich selbst verstärkenden Schlaufe von Fehlverhalten und schaukelt sich in Richtung eines oligarchischen autoritären Staates hoch. Mit anderen Worten: eine Art unblutiger Staatsstreich.

Wie sind wir soweit gekommen?

Zuma legte seiner Präsidentschaft das Wahlticket der staatlich geförderten Entwicklung zugrunde. Dies beinhaltete Beschaffungsaufträge für staatliche Unternehmen, verstärkte staatliche Kontrollen und *Black Economic Empowerment* (BEE), um die gewünschte radikale wirtschaftliche Transformation zu realisieren.

Aber genau innerhalb dieser Agenda und der zu ihrer Umsetzung getroffenen Anordnungen wurde der Samen für die *State Capture* ausgesät. Stärkere staatliche Kontrolle bedeutete, dass der Informationsfluss von einer kleinen Anzahl von Leuten kontrolliert wurde, während staatlichen Unternehmen der grösste Anteil an finanziellen Mitteln zufluss. Es bewegten sich bereits Milliarden von Rand durch diese staatseigenen Unternehmen, und radikale wirtschaftliche Umgestaltung war die perfekte Ideologie, die alles zusammenführte.

Schwarze Unternehmen profitierten jedoch kaum von den Profiten der *State Capture*. Eine radikale wirtschaftliche Umgestaltung auf verfassungsmässiger Grundlage würde eine staatliche Wirtschaftspolitik zugunsten von Lebensgrundlagen und Arbeitsplatzbeschaffung beinhalten. Zudem hat die *State Capture* genau jene Institutionen ausgehöhlt, die in der Lage gewesen wären, eine radikale wirtschaftliche Umgestaltung auf verfassungsmässigem Weg zu bewerkstelligen.

Die Fäden werden entwirrt

Zahlreiche Ereignisse der letzten zehn Jahre weisen auf einen schwelenden Missbrauch von staatlichen Schlüsselressourcen hin. Eines der ersten davon war 2013 die irreguläre Landung eines Zivilflugzeuges auf dem Militärflugplatz von Waterkloof. Das Flugzeug brachte ausländische Gäste zu einer Hochzeit, zu der die mit Zuma befreundete Gupta-Familie eingeladen hatte.

Zwei Jahre später tauchten Beweise dafür auf, dass öffentliche Gelder in der Höhe von Millionen von Rand für die Renovation des Anwesens des damaligen Präsidenten in Nkandla verwendet worden waren. Diese Ausgaben wurden in einem Bericht der damaligen Ombudsfrau Thuli Mandozela aufgeführt.

Der Wendepunkt kam nur Monate später, als Mandozela ihren Bericht zu *State Capture* veröffentlichte, und Zuma im März 2017 den damaligen Finanzminister Pravin Gordhan und dessen Vize Mcebisi Jonas entliess. Diese Ereignisse sandten Schockwellen durch Südafrika, riefen Massenproteste hervor und verursachten eine grosse öffentliche Empörung, die Zuma dazu zwangen, eine seriöse Untersuchung der *State Capture* in die Wege zu leiten.



Proteste gegen Jacob Zuma in Kapstadt im April 2017. Das Poster setzt Atul Gupta direkt mit Jacob Zuma in Verbindung (Bild: Douglas Scott, Discott Wikimedia).

Unsere nicht publizierte Forschungsarbeit zeigt, dass es bis heute 28 öffentliche Untersuchungen, Befragungen und Kommissionen zur *State Capture* gibt. Auf dem Pult der neu ernannten Chefin der Staatsanwaltschaft, Shamila Batochi, liegen 118 offene Fälle von Korruption, an denen Regierungsbeamte und Politiker beteiligt sind.

Die wahren Kosten des Schadens, den die *State Capture* verursacht hat – einschliesslich der Zerstörung von Institutionen und Leben – sind nicht messbar.

Südafrikaner und Südafrikanerinnen könnten durch die Aussicht, dass Zuma vor der Zondo-Kommission aussagen muss, zur Ansicht verleitet werden, es sei alles wieder in Ordnung. Er hat das *State Capture*-Projekt jedoch nicht allein vorangetrieben. Und das ausgedehnte Netzwerk von Akteuren und Einflüsterern ist immer noch äusserst aktiv. Dies haben die Aussagen vor der Kommission enthüllt. ■

Geerbte kriminelle Netzwerke

State Capture gab es schon während der Apartheid

Im. Investigativjournalist Hennie van Vuuren zeigte in seinem 2018 veröffentlichten Buch «Apartheid, Guns and Money» auf, wie ein klandestines Korruptionsnetzwerk, das annähernd 50 Länder umfasste, das Apartheidregime trotz internationalen Sanktionen mit Waffen und anderen lebensnotwendigen Gütern versorgte.

Drahtzieher in Regierungen, Geheimdiensten, Firmen und Banken lieferten Waffen und wuschen Geld. Whistleblower wurden zum Schweigen gebracht oder ermordet. Diese Verbrechen wurden nie aufgearbeitet. Van Vuuren stellte sein Buch im Januar an von der KEESA organisierten Veranstaltungen vor. Aufgrund seiner Recherchen stellt er fest, dass diese korrupten Netzwerke auch nach dem Ende der Apartheid weiterwirken. Mit ihrer Durchdringung der staatlichen Institutionen Südafrikas sind sie Bestandteil der aktuellen Gefährdung der südafrikanischen Demokratie durch die *State Capture*. •

Mark Swilling ist Professor für Nachhaltige Entwicklung an der Universität von Stellenbosch. An der Forschungsarbeit mitgewirkt haben Nina Callaghan und Robyn Foley vom Centre for Complex Systems in Transition der Universität Stellenbosch. Dieser Artikel wurde aus *The Conversation* übernommen (Creative Commons Licence) und von Barbara Müller übersetzt.

Kamerun

Föderalismus ist keine Option für diesen Präsidenten

sg. Im Vorfeld von Präsidentschaftswahlen im Oktober 2018 sollte ein eigentlicher Feldzug der wohlbestückten kamerunischen Armee gegen die zwei englischsprachigen Provinzen der seit 2017 anhaltenden Rebellion ein Ende bereiten. Die Zerstörung von Schulen, Spitälern und das Niederbrennen ganzer Dörfer, systematische Folter und willkürliche Morde durch Soldaten erregten in der internationalen Presse einiges Aufsehen. Obwohl an die 200 000 Menschen in die Flucht getrieben und Tausende Tod oder Inhaftierung erlitten, hat sich der Widerstand verfestigt. Inzwischen ist die Forderung nach Sezession und einen eigenen Staat mit Namen *Ambazonia* erhoben worden. Auch seien 1,5 Millionen Menschen in den beiden Provinzen vom Hunger bedroht. Der ursprünglich von demonstrierenden Juristen und Lehrern ausgehende Widerstand gegen die Aufhebung der 1972 zugestandenen föderalen Eigenständigkeit wird auch heute noch vor allem vom Mittelstand getragen – die besonders in abgelegeneren Dörfern massakrierte, bäuerliche Bevölkerung aber stellt heute die Mehrzahl im bewaffneten, todesmutigen Widerstand.

Auch die Schweizer Behörden haben sich erstmals gegen die stabile Regierung Präsident Biyas gerührt, als dessen Leibwachen vor dem Hotel Intercontinental in Genf etwa 250 kamerunische Demonstranten tätlich angriffen und auf offener Strasse verfolgten. Präsident Biya verbringt – mit einem Stab von mindestens 50 Personen, darunter auch Minister – jährlich bis zu vier Monate im Ausland, vornehmlich in diesem Genfer Hotel. Das Netzwerk *Organized Crime and Corruption Reporting Project* berechnete die Ausgaben für die seit 1983 insgesamt viereinhalb Jahre Auslandsaufenthalt des Diktators auf mindestens 65 Millionen USD. Seine Rechnungen im Intercontinental zahlt er jeweils bar. ■

Mozambique

Der Credit Suisse war einiges im Vorhinein bekannt ...

sg. Andrew Pearse, der Hauptakteur der Milliarden-Kredite, welche die Credit Suisse ab 2013 drei mosambikanischen Firmen gewährte, hat sich vor einem New Yorker Gericht schuldig bekannt. Da die Kredite von Prinvest, einem Firmenkonglomerat des Franco-Libanesen Iskandar Safa, angeregt wurden und Prinvest sämtliche Gelder für die Bestellung von Schiffen für eine Küstenwache und den Thunfischfang direkt erhielt, sind die Ausführungen des geständigen Bankers zu seinen Vereinbarungen mit Prinvest von zentralem Interesse. Pearse führte aus, dass er sowohl einen Teil der Gebührenkürzung, die er für die Firma erreichte, wie auch einen Anteil des Kredites in einer Gesamthöhe von 45 Millionen USD einstrich. Andererseits wusste er vom Geschäftsführer der Firma, dass diese ähnlich hohe Zuwendungen auch an involvierte Mitglieder von Mozambiques Regierung zahlte, inklusive 50 Millionen USD für den Sohn des damaligen Präsidenten Armando Guebuza. Die Gebühren für die Bank inbegriffen, belaufen sich die CS-Kredite auf 1,347 Milliarden USD, wofür Aufträge von beträchtlich tieferem Wert erfolgten. Sowohl die CS wie auch die russische VKB, welche einen weiteren Kredit von 553 Mio USD an Prinvest lieferte, haben die Kredite längst als Anlagepapiere weiterverkauft. Die Erklärung zur *Odious Debt* (nicht rückzahlpflichtigen) Schulden erweist sich dadurch als schwierig. Sie sind zusätzlich von einer illegalen – ohne Parlamentsbestätigung getätigten – Staatsgarantie Mozambiques geschützt, die von CS verlangt wurde. Andrew Pearse, der bald nach der Abwicklung des Geschäfts zu Prinvest wechselte und deren Firma Palomar in Zürich vorstand, war auch darüber im Bilde, dass die Kredite für die bestellten Güter zu hoch waren. Leider hat sich die schweizerische Finanzaufsicht noch nie zum Fall geäußert, obwohl er nicht nur für die englische Niederlassung der Credit Suisse gewinnbringend war. ■

Zimbabwe

Wie lange noch?

bm. Angesichts des sich beschleunigenden wirtschaftlichen Niedergangs stellt sich die Frage nach der Zukunft des Landes mit grosser Dringlichkeit. Unter der Regierung Mnangagwa haben sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung weiterhin drastisch verschlechtert: täglicher Stromausfall von bis zu 18 Stunden (nicht nur für Privathaushalte, sondern auch für Industriebetriebe), in den grossen Städten Bulawayo und Harare Unterbrüche der Wasserversorgung, kilometerlange Warteschlangen für Treibstoff, in den Läden kein Brot. In den Spitälern sterben die Kranken, weil es an Medikamenten fehlt. Das Land leidet ausserdem weiterhin an Devisen- und Geldknappheit.

Im Februar löste die Regierung die lokale Quasi-Währung von der Parität mit dem US-Dollar und führte im Juni über Nacht wieder den Zim-Dollar ein, eine Massnahme, welche die Inflation rasant beschleunigte. Die für Juni berechnete Teuerung betrug 39,3 Prozent. Wenn man den Umrechnungskurs des Schwarzmarktes berücksichtigt, beträgt die jährliche Inflation sogar 558 Prozent, fast dreimal mehr als die offiziellen Zahlen (marketwatch.co.zw). Dies alles beeinträchtigt vor allem die Kaufkraft der Staatsangestellten und der Rentner, hat aber Auswirkungen auf die ganze Bevölkerung. Viele Menschen können sich nur noch eine Mahlzeit täglich leisten. Wegen einer Dürre ist die letztjährige Ernte sehr dürrtig ausgefallen. Zum ersten Mal überhaupt müssen auch in den Städten importierte Nahrungsmittelhilfe verteilt werden. ■

Erosion und Austrocknung des Bodens trifft Afrika besonders stark

sg. Ein Bericht des *Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)* der UNO zeigt auf, wie sich der Boden und sein Bewuchs unter der Bedingung der sich aufheizenden Atmosphäre verändert: Er kann zur Erwärmung beitragen oder Erhitzungsfaktoren wie CO₂ speichern, Feuchtigkeit und organische Anteile verlieren oder anreichern – je nachdem wie klimatische Effekte ihn treffen und wie mit ihm umgegangen wird. Verschiedenste Nutzungsarten werden in dem Bericht auf ihre Effekte hin untersucht, Empfehlungen ausgesprochen und vor einer Laissez-faire-Politik gewarnt. Nachgewiesen werden nämlich die hohen Verluste an Bodenfruchtbarkeit, die Klimaerhitzung und Nutzungsweisen bereits verursacht haben, und es wird aufgezeigt, wohin deren Verstärkung führen könnte. Tragisch ist, dass der globale Süden bereits jetzt die grössten Einbussen zu verzeichnen hat: Grosse Landmassen wie die Sahara oder Zentralasien haben sich stärker erwärmt als der Durchschnitt der Kontinente. Die folgenden afrikanischen Länder sind bereits betroffen: Burundi, DR Kongo, Madagaskar, Sierra Leone, Tschad, Malawi, Niger und Zambia. Ihre Ernährungssicherheit ist aufgrund der verschlechterten Bodenfruchtbarkeit oder gar Desertifikation bereits prekär geworden. Die von Hunger bedrohten Völker tragen jedoch kaum zur CO₂-Anreicherung bei: Ein Engländer verursacht 200 Mal mehr, ein Saudi 718 Mal mehr CO₂ als ein Mensch in Burundi. ■

Dynamik am Horn von Afrika

hus. Sudans regierender Militärrat und Vertreter der Protestbewegung der Zivilgesellschaft haben Anfang Juli ein Abkommen für die Bildung einer Übergangsregierung unterzeichnet. Nach dem Sturz des langjährigen sudanesischen Staatschefs Omar al-Baschir im April aufgrund der anhaltenden Proteste der Bevölkerung hatte ein Militärrat im Sudan die Führung übernommen. Dieser weigerte sich jedoch, die Macht an eine zivile Regierung zu übergeben. Monatelang kam es zu einem Tauziehen zwischen der aufständischen Zivilbevölkerung und dem Militär. Das brutale Eingreifen des Militärs forderte mehr als hundert Todesopfer, ohne dass jedoch die Volksbewegung niedergeschlagen werden konnte. Am 5. Juli einigten sich die Vertretung der Zivilgesellschaft und der Militärrat auf die Bildung einer Übergangsregierung. Dieser Kompromiss wurde durch ein starkes Engagement der eritreischen Regierung erzielt. Mehrfach pendelte Yemane Ghebreab, der Berater des eritreischen Präsidenten, zwischen Asmara und Karthum hin und her und vermittelte zwischen den Parteien. Mit Stolz weisen afrikanische Medien darauf hin, dass der Konflikt ohne ausserafrikanische Vermittlung beigelegt werden konnte. Die schwierigen Beziehungen zwischen Eritrea und dem Sudan haben sich seit dem Sturz von Langzeitdiktator al-Baschir normalisiert.

Ein Jahr nach dem Friedensschluss zwischen Eritrea und Äthiopien besuchte am 18./19. Juli der äthiopische Premier Abiy Ahmed erneut Asmara. Das Treffen diente dem Austausch und der Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen. Besucht wurden Baustellen an der Transitstrasse Nefasit–Dekamhare, welche mit EU-Unterstützung den Zugang zur nordäthiopischen Provinz Mekelle sichern soll. Noch vor wenigen Wochen wurde in westlichen Medien die Meinung verbreitet, so beispielsweise in einem Bericht von Afrika-Korrespondent David Signer in der NZZ vom 25. Juni 2019, dass der Friedensprozess zwischen Äthiopien und Eritrea aufs Eis gelegt sei. Auch wird geltend gemacht, Eritrea schotte sich wieder ab, da im Frühling die vier

erst im Vorjahr geöffneten Grenzübergänge zwischen Eritrea und Äthiopien wieder geschlossen worden seien. Diese Schliessung betrifft jedoch nur den Güterverkehr und nicht den Personenverkehr. Sie wird von der eritreischen Regierung damit begründet, dass bis anhin der Warenimport und -export zwischen den beiden Staaten völlig unkontrolliert und ohne Verzollung erfolgte, was im inner-eritreischen Handel zu gravierenden Schwierigkeiten geführt habe. So seien eritreische Getreideproduzenten auf ihren Produkten sitzen geblieben, weil sehr viel billigeres Getreide importiert worden sei. Dem Vernehmen nach arbeiten zurzeit je eine eritreische und eine äthiopische Arbeitsgruppe an einem Konzept zur Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums, in welchem Güter- und Personenfreizügigkeit herrschen soll. ■

Privatinvestitionen als Industrieentwicklung

sg. Die äthiopische Regierung hat mit sensationell tiefen Lohnforderungen erreicht, dass inzwischen neben türkischen und asiatischen Firmen auch Wrangler (Jeans), Calvin Klein, Tommy Hilfiger und H&M in einen Fabrikpark investieren, der 25 000 Arbeitsplätze bietet. Die Löhne – weniger als ein Drittel dessen, was Näherinnen in Bangladesh erhalten – sowie weitere Bedingungen tragen dazu bei, dass bis zu 60 Prozent der Arbeiterinnen jährlich den Job quittieren. Die vorgesehene allmähliche Ablösung der bislang fast gänzlich importierten Materialien durch äthiopische Produkte scheint gescheitert. Weder der Anbau von Baumwolle noch deren Verarbeitung machen Fortschritte – dieser Bereich konnte kein *Foreign Development Investment* anziehen. H&M versprach nach Veröffentlichung eines Berichts des *Stern Centre for Human Rights* den Näherinnen in Zukunft faire Löhne bezahlen zu wollen. ■

Quelle: <https://bhr.stern.nyu.edu/made-in-ethiopia-res>

Literatur

Buchbesprechungen



Kramer und Zondi ermitteln weiter

ef. Der Unionsverlag hat in den letzten zwei Jahren nach und nach alle acht Kriminalromane um Lieutenant Kramer und Bantu-Sergeant Zondi von James McClure neu herausgegeben. Zeit, wieder mal einen dieser frech-ironischen Thriller aus dem Südafrika der Apartheid-Zeit zu lesen. Der 1936 in Südafrika geborene Autor, musste 1965 nach England emigrieren, weil er über die brutalen Polizeimethoden gegenüber Schwarzen berichtete.

Diesmal geht es um eine weltbekannte Schriftstellerin, die nackt und tot in der Nähe ihres Swimmingpools gefunden wird, während alle glaubten, sie sei zur Verleihung des Man-Booker-Preises nach London geflogen. Überrascht stellt Zondi fest, dass die Frau realistisch zu beschreiben wusste, wie es in einem Bantu-Wohnheim zugeht, und vielfältige Kontakte mit schwarzen Künstlern und anderen Persönlichkeiten pflegte – alles ziemlich ungewöhnlich im Apartheid-Südafrika. Angefeindet wurde die Frau deshalb vor allem von den weissen «Patrioten», für die jegliche Aufweichung der Rassenschranken des Teufels war. Oder ist am Ende ihr Sohn verdächtig? Er betreibt einen Handel mit afrikanischem Kunsthandwerk, was seiner Mutter gar nicht gefiel, weil sie darin eine Verkitschung afrikanischer Kunst sah.

Ein zweiter Handlungsstrang windet sich um den Tod der Ehefrau eines pensionierten buri-schen Polizeimajors, dessen Inhaftierte oft auf merkwürdige Weise ums Leben gekommen waren, der nun jedoch seit zehn Jahren seinen Ruhestand genießt.

Kramer und Zondi ermitteln gemeinsam, aber mit klarer Arbeitsteilung, denn während Kramer für die Weissen zuständig ist, ist es Zondi nur erlaubt, Schwarze zu befragen. Zur Lösung ihrer Fälle kommen sie

meist gerade dadurch, dass sie die Dinge aus verschiedenen Perspektiven betrachten. Die beiden haben schon etliche gemeinsame Abenteuer durchgestanden und mögen sich ganz offensichtlich, schenken sich aber nichts. Während Kramer Zondi schon mal Kaffer nennt, bezeichnet der ihn im Gegenzug ironisch als «grosser weisser Vater».

Neben der spannenden Krimihandlung sind es vor allem die Milieuschilderungen, die faszinieren – sei es das liberale Intellektuellenmilieu, sei es die Lebenswelt von burischen Konservativen oder Zondis Zuhause in einem Township, wo der Umzug in ein Dreizimmerhaus mit Zementboden einen grossen Fortschritt bedeutet, auch wenn es weder Badezimmer noch Strom hat. ■

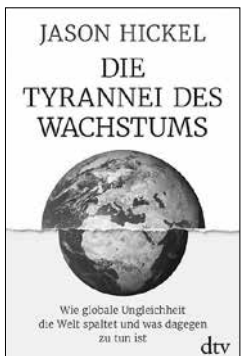
James McClure: Artful Egg. Zürich 2018 (Unionsverlag).

Kindheit und Befreiungskrieg in Eritrea

gb. Über den dreissigjährigen Befreiungskampf Eritreas ist Einiges publiziert worden, so über die Ursachen und den letztlich siegreichen Verlauf. Doch wie erging es den einfachen Leuten, den Menschen, die unter der äthiopischen Fremdherrschaft leben mussten, und jenen, die sich im Befreiungskampf engagierten? Wie lebten sie? Was empfanden sie? Welche Träume und Hoffnungen trugen sie in ihren Herzen? Die im Buch «Zwei Wochen in den Schützengräben» zusammengestellten Texte von Alemseged Tesfai geben uns Einblicke in persönliche Schicksale. Es sind Schicksale, die berühren und betroffen machen. Die Textsammlung besteht aus frühen Schriften, welche Kindheitserinnerungen aus den 1950er und 1960er Jahren zum Gegenstand haben. In zwei Theaterstücken wird das Leben unter der äthiopischen Fremdherrschaft thematisiert, das

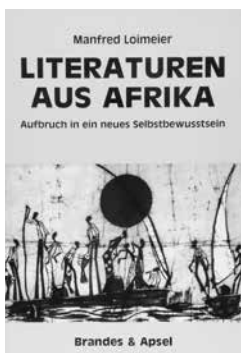
Spitzelwesen und die Überwachung, welche zu einer inneren Emigration führten, aber auch zum Widerstand. Mehrere Reportagen aus dem Befreiungskampf schliessen sich an, die ausführlichste hat dem Band den Titel gegeben. Alemseged Tesfai nahm als Mitglied der Informationsabteilung der Befreiungsfront am Befreiungskampf teil und schildert im Schlüsseltext jenseits von jeglichem Pathos den Opferwillen und die Leiden der *Tegadaleiti*, der Kämpferinnen und Kämpfer, für welche Tod und Leben oft so nahe beieinander waren. Erstmals wird mit diesem Buch ein Werk eines eritreischen Schriftstellers aufgelegt, welches uns das eritreische Leben früherer Jahre nahebringt. Die Einleitung steuerte Komitee-Mitglied Hans-Ulrich Stauffer bei. ■

Alemseged Tesfai: Zwei Wochen in den Schützengräben. Erinnerungen an Kindheit und Krieg in Eritrea. Berlin 2018 (Verlag am Park).



Was schief läuft zwischen Nord und Süd

hus. Es ist Zeit, nach einem halben Jahrhundert «Entwicklungshilfe» Bilanz zu ziehen. Jason Hickel, Anthropologe an der London School of Economics, zieht diese Bilanz, radikal und mit ernüchternden Ergebnissen. Er stellt fest, dass während Jahrzehnten der Entwicklungshilfe die Schere zwischen Arm und Reich weit aufgegangen ist. Betrug 1960 der Unterschied im Pro-Kopfeinkommen zwischen den ärmsten und reichsten Ländern der Welt 1:32, so lag er 2000 schon bei 1:132. Angaben, wonach der weltweite Hunger abgenommen habe, widerlegt Hickel: Nur durch den Einbezug der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostasien – die Tigerstaaten und die VR China – hat der Hunger abgenommen. Wird diese Region ausgeklammert, hat der Hunger zugenommen. Ist es zulässig, diese Region auszuklammern? Ja, denn sie hat sich



nicht an die von Weltbank und Währungsfonds verschriebenen Rezepte gehalten wie Strukturanpassungsprogramme und freien Handel – und vielleicht gerade deshalb Erfolg gehabt. Aufgrund allgemein zugänglicher Statistiken kommt Hickel zum Schluss, dass für jeden in der Entwicklungshilfe geleisteten Dollar 24 Dollar wieder in den Norden zurückfliessen. Flossen gesamthaft bis heute zwei Milliarden Dollar an Hilfe und Investitionen vom Norden in den Süden, waren es in der umgekehrten Richtung fünf Milliarden. Entwicklungshilfe nützt also nichts, wenn nichts an den grundlegenden Mechanismen geändert wird. Es geht nicht darum mehr zu geben, sondern weniger zu nehmen. Eine alte Erkenntnis, die aber nach wie vor aktuell ist. ■

Jason Hickel: Die Tyrannei des Wachstums. Wie globale Ungleichheit die Welt spaltet und was dagegen zu tun ist. München 2018 (dtv).

Im Spiegel der Literatur

red. Während die Strömung der Négritude im frankophonen Sprachraum der 1940er Jahre zur Politik des Panafrikanismus passte und die Diaspora in der Karibik ansprach, spannt der Postkolonialismus seit den 1980er Jahren den Bogen von Afrika nach Indien und Australien. Als gemeinsames Scharnier formte sich dazu in der Gegenwart die These der Transkulturalität aus, die von stets in Bewegung miteinander befindlichen Kulturen ausgeht und Kultur als globales Bindeglied zwischen den Menschen sieht. Loimeier zeigt in seinem Buch die verschiedenen Sichtweisen, Verständnisebenen und unterschiedlichen literarischen Auffassungen auf und weist damit auf die Fallstricke in der interkulturellen Begegnung hin. ■

Manfred Loimeier. Literaturen aus Afrika. Aufbruch in ein neues Selbstbewusstsein. Frankfurt a.M. 2018 (Brandes & Apsel).



BCUC Bantu Continua Uhuru Consciousness: The Healing. 3 Tracks. 40 Min.

BCUC – Bantu Continua Uhuru Consciousness

Dass es in Südafrika schon seit Jahren eine der weltweit grössten House Musikszenen gibt, ist bekannt. Und mit Kwaito entstand schon vor einiger Zeit eine neue elektrisierte südafrikanische Musik.

Nun veröffentlichten Bantu Continua Uhuru Consciousness (BCUC) aus Soweto ihr neues Album *The Healing*. Die sieben Musiker und Musikerinnen von BCUC sagen, dass sie Musik für das Volk, aus dem Volk und mit dem Volk machen. In diesem Sound, produziert mit viel Energie und Handarbeit, spürt man den Einfluss elektronischer Musik – eine grosse Dynamik, hypnotisierende Grooves, eindringliche (Sprech-)Gesänge mit sich strikt durchziehenden Basslinien und gekonnter Perkussion. Dazu kommt ein besonderer Sog. Moderne, radikale Tanzmusik, fast ohne Ende. Ein bemerkenswertes Zusammenspiel von Bass, verschiedenen Perkussionsinstrumenten und repetitiven

Gesängen. Es scheint, als würden die Backing-Sängerinnen und Sänger direkt auf die Texte von Frontmann Zithulele «Jovi» Zabani Nkosi antworten.

Eine Musik, die nicht kalt lässt, bei der sich mit jedem weiteren Zuhören etwas Neues entdecken lässt. Eine vordergründige Einfachheit entpuppt sich schlussendlich als höchst komplexes Werk. Drei Stücke sind auf *Healing* veröffentlicht, zwei davon dauern über sechzehn Minuten und geben der Musik so auch genügend Raum und Wirkung.

Dazu sind passende Gastinterventionen zu hören. Auf *Isivunguvungu* gibt der afroamerikanische Jazz-Lyriker und Rapper Saul Williams einen radikalen Wortbeitrag; auf *Sikhulekile* dringt dann der nigerianische Afrobeat-Meister Femi Kuti mit seinem Saxophon subtil in den BCUC-Sound ein.

Auch das Cover kann sich sehen lassen. Es ist inspiriert von einem südafrikanischen Widerstandsplakat der 1980er Jahre. ■

Die Besprechung verfasste Pius Frey. Bezugsadresse für CDs: Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen. medien@comedia-sg.ch, www.comedia-sg.ch, mit umfassendem Angebot aktueller CDs mit Musik aus Afrika.



Afriqu'à midi zum Thema Migration

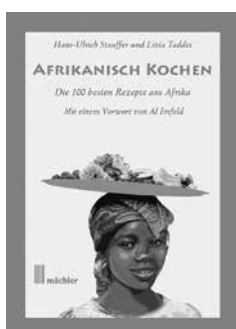
Emmanuel Mbolela musste aus politischen Gründen seine Heimat Kongo-Kinshasa verlassen und erlebte eine mehrjährige Odyssee – eine Erfahrung die er mit unzähligen Menschen vom afrikanischen Kontinent teilt, und die er 2014 in seinem viel beachteten Buch «Mein Weg vom Kongo nach Europa, Zwischen Widerstand, Flucht und Exil» verarbeitet hat. Während vier Jahren war er in Marokko blockiert und gründete zusammen mit Schicksalsgenossen und -genossinnen die *Association des Refugié-s et Communautés Migrantes* (ARCOM), der heute wohl aktivsten NGO in diesem Bereich in Marokko. Die Gruppe setzte sich gegen Abschiebungen in das marokkanisch-algerische Grenzgebiet, Polizeigewalt, die Externalisierung des EU-Grenzregimes sowie

gegen die Passivität des UNHCR ein und führte Kampagnen für den Zugang zur Gesundheitsversorgung und für die Legalisierung von Papierlosen. Die Nichtregierungsorganisation brachte die Stimme der Illegalisierten in den öffentlichen Diskurs – auch in Europa. An unserer Mittagsveranstaltung gibt Mbolela eine Innensicht auf die Migration und berichtet aus seiner Arbeit, insbesondere über das 2015 von der ARCOM in Rabat eröffnete Frauenhaus für subsaharische Migrantinnen, die auf der Flucht von Gewalt betroffen waren. ■

Datum und Zeit: 6. November 2019

12.15– 13.45 Uhr

**Ort: Rheinsprung 21, Basel
Raum 00.002, Erdgeschoss**



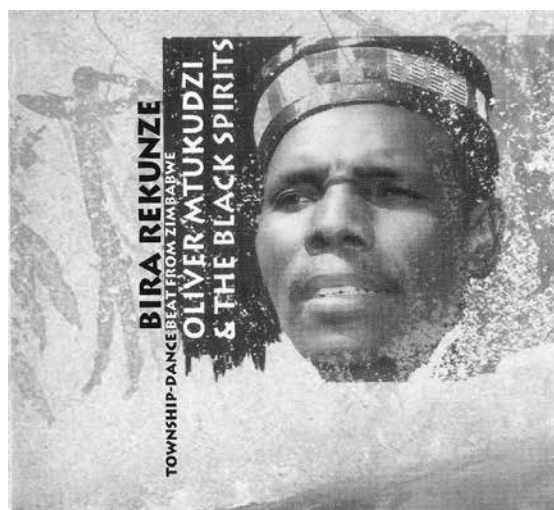
Afrikanisch kochen – das erfolgreiche Kochbuch

1994 erschien «Afrikanisch kochen» zum ersten Mal. Dem preiswerten, schon damals mit der praktischen Spiralbindung ausgestatteten Buch war ein durchschlagender Erfolg beschieden. Rasch waren drei Auflagen verkauft. Kein Wunder, war damals «Afrikanisch kochen» doch eines der ganz wenigen Kochbücher mit Rezepten köstlicher und afrikanischer Gerichte. Heute, ein Vierteljahrhundert nach dem erstmaligen Erscheinen unseres Kochbuchs, ist die Welt eine andere. Ferienreisen zu afrikanischen Destinationen finden sich bei jedem Anbieter. Zur Küche zahlreicher afrikanischer Länder gibt es eine Unzahl von Kochbüchern in unterschiedlicher Ausstattung. Viele Restaurants bieten afrikanisches Essen an.

«Afrikanisch kochen» war während zwanzig Jahren vergriffen. Und trotzdem: Jahr für Jahr gelangten Anfragen an das Afrika-Komitee, ob vielleicht doch noch das eine oder andere Exemplar vorrätig sei, sei es für einen runden Geburtstag, sei es als Erinnerung an die bewegte politische Zeit der Entkolonialisierung und an das Ende der Apartheid.

Nun ist das Original wieder lieferbar. «Afrikanisch kochen» enthält eine vielfältige Sammlung von Rezepten aus den verschiedensten Regionen Afrikas. Die Menüs sind leicht zuzubereiten und eröffnen den kulinarischen Blick auf eine andere Welt. ■

Afrikanisch kochen – Die 100 besten Rezepte aus Afrika. Mit einem Vorwort von Al Imfeld. 103 Seiten, Wettingen 2018 (Mächler Verlag). Zu beziehen beim Afrika-Komitee für CHF 18.– (inkl. Porto).



Oliver Mtukudzi & The Black Spirits

Am 9. Juni 1994 – vor einem Vierteljahrhundert – trat Oliver Mtukudzi in Basel auf. Das Afrika-Komitee schnitt das Konzert mit und produzierte die erste Live-CD des grossen Musikers. Die Songs geben ganz in zimbabwischer Tradition Ratschläge zu (fast) allen Lebensfragen. Die CD enthält die Knüller «Africa», «Isizato» (Der Grund), «Kuzabonakala» (Die Wahrheit kommt ans Licht) und andere Megahits, die Mtukudzi auf seinem Weg zum Weltmusiker begleiteten. Das Booklet enthält eine Auswahl von Songtexten (Shona und Englisch) und führt in die einzelnen Stücke ein. Eine schöne Erinnerung an den vor kurzem Verstorbenen. ■

Zu beziehen beim Afrika-Komitee für CHF 27.– (zuzüglich Porto und Verpackung CHF 2.–).